

Landeszeitung für Anhalt und Thüringer.

Nr. 84.

für Anhalt und Thüringer.

Jahrgang 196.

Verlagspreis für Halle und Co. 2.00 Mk. durch die Post bezogen 2.10 Mk. für den Bezugslokal. Post-
zeitung Nr. 2259. Die halbjährige Zeitung kostet monatlich 1.00 Mk. — Druck und Verlag
des. Co. in Halle a. S., Buchdruckerei „Sonnenschein“, Buchverlag, Mittelstraße.

Zweite Ausgabe

Verlagspreis für Halle und Co. 2.00 Mk. durch die Post bezogen 2.10 Mk. für den Bezugslokal. Post-
zeitung Nr. 2259. Die halbjährige Zeitung kostet monatlich 1.00 Mk. — Druck und Verlag
des. Co. in Halle a. S., Buchdruckerei „Sonnenschein“, Buchverlag, Mittelstraße.

Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstr. 97.
Erlaubnis: Dr. Walter Schenckelstein, 6. S.

Donnerstag, 19. Februar 1903.

Geschäftsstelle in Berlin Bernauerstr. 3.
Telephon Amt VII Nr. 2441.
Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

Deutsches Reich.

Halle a. S., 19. Februar.

Zum Vorstoß des Bischofs von Trier. Angesichts der
proogierenden Haltung des Bischofs Korum gegen staatliche
paritätische Schulanstalten wird in der national-liberalen Presse
an den sogenannten Korpelparagraphen (§ 130a des Straf-
gesetzbuches) erinnert, der also lautet:

„Ein Geistlicher oder anderer Religionsdiener, welcher in Ausübung
seiner Amtspflichten einen Verstoß öffentlich vor einer
Versammlung, oder welcher in einer Kirche oder an einem anderen zu
religiösen Versammlungen bestimmten Orte vor mehreren Angelegen-
heiten des Staates in einer den öffentlichen
Frieden gefährdenden Weise zum Gegenstand einer Ver-
urteilung oder Erklärung macht, wird mit Gefängnis oder
Finesse bis zu drei Jahren bestraft. Gleiche Strafe
trifft denjenigen Geistlichen oder anderen Religionsdiener, welcher in
Ausübung oder in Befolgung der Ausübung seines Berufs öffent-
lich ausübt oder verbreitet, in welchen Angelegenheiten des Staates
in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zum Gegenstand
einer Verurteilung oder Erklärung gemacht wird.“

Dies ist im höchsten Grade entgegen der Verfassung, die
am Sonntag von der Trierer Kammer auf Veranlassung des
Bischofs gegen die paritätische höhere Mädchenschule erfolgt ist,
den in obigen Paragraphen bezeichneten Charakter trägt, in-
dem sie eine Angelegenheit des Staates in einer den öffent-
lichen Frieden gefährdenden Weise behandelt, dürfte nicht zu
bestreiten sein. An einer Handhabung fehlt es dem Staat also
nicht, um den Bischof Korum in seine Schranken zurück-
zuverleihen, wenn auch selbstverständlich der Staatsanwalt nur
die ultima ratio der Regierung bilden wird.

Wesentliches gibt es keine allgemeine Vorfrist für
der katholischen Kirche, die das Vorgehen des Bischofs Korum
rechtfertigt. Die „Deutsche Ztg.“ führt in dieser Be-
ziehung aus:

„Die kirchlichen Verbordnungen, die der Bischof von Trier für eine
solche Vorfrist ansetzt, der Synodus, ein Briefe Papst Pius IX.
an den Erzbischof von Freiburg, mehrere Entschlüsse römischer Kon-
gregationen und päpstliche Verfügungen und apostolischer Verordnungen,
welche nur im allgemeinen vor den Gesetzen moderner, von der
Autorität der Kirche losgelöst, allein wenn die Unterlegen das
Verbot der paritätischen Mädchenschule in Trier rechtigere wären,
so könnte der Bischof mit bestem Recht den Katholiken den Verstoß
paritätischer Schulen und sämtlicher den öffentlichen
Anstalten verbieten.“

Der Synodus namentlich, um nur eine Briefe unterlegen zu er-
wähnen, verweist überhaupt alle Parität der Konfessionen, und als das
Zentrum seinen bestimmten Toleranz-Antrag einbrachte, der nach der
Wahlung der Parität in Preußen die mehr Parität herbeiführen
sollte, wurde gerade von den Vertretern des Zentrum betont, daß
der Synodus auf deutsche Verhältnisse nicht be-
zogen werden dürfe. Es liegt also auf der Hand, daß nur der
schärfste Ultramontanismus, der von allen tatsächlichen Verhältnissen
insgesamt gemittelt Länder abstricht und bloße ultramontane Prinzipien
verleitet, in deutschen Verhältnissen mit dem Synodus
operieren kann.

Schon um weiteren Konsequenzen, die ult-amontanerlei
wessels in Beziehung auf die in Preußen grundbald seit
längerer Zeit allein zulässigen paritätischen Gymnasien und
sonstigen höheren Knabenanstalten gezogen werden würden, vor-
zubeugen, ist es Pflicht des Kultusministers, den
neuesten ultramontanen Frontalangriff auf die Staatsautorität,
wenn es sein muß, mit den schroffen Mitteln zu
rückzuführen.

Auch die „Ztg.“ verurteilt das Vorgehen des Trierer
Bischofs. Sie schreibt u. a.:

„Wir halten sein Vorgehen für sehr bedauerlich, der Eigenart des
Bischofs Korum entspricht es freilich durchaus, Jahrzehnte öffentliche
Schulen, höhere wie niedere, werden von katholischen Schülern gemein-
sam mit evangelischen besucht. Das läßt sich auch, wenn man, wie wir,
eifriger Befürworter der konfessionellen Schule ist, nicht umgehen.
Aber stets hat man in solchen Fällen katholischerseits — und mit
Recht — verlangt, daß Staat und Kommune für den konfessionellen
Religionsunterricht Sorge tragen.“

In Trier denkt der Bischof anders, ja er nennt kirchliche
Disziplinarmittel höherer Art an, um die Eltern zu bewegen, ihre
Kinder aus der staatlichen Einheitsanstalt zu nehmen.
Will die katholische Kirche überall so vorgehen? Sollen etwa in
Breslau diejenigen katholischen Eltern, die aus irgendwelchen Gründen
ihre Kinder nicht an ein katholisches, sondern evangelisches Gymnasium
senden, mit gleicher Strafe bedroht werden?

Man wird den Eindruck nicht los, daß Bischof Korum zu seinem
schärfsten Vorgehen im Interesse der Irregularitätenverleihe veranlaßt
worden ist.

Wenn die „Germania“ zu der Interpellation, die seitens der
National-liberalen im Abgeordnetenhaus wegen dieses bischöflichen
Verstoßes gestellt ist, bemerkt: „Man hat die Kulturkämpfe
berührt, die die Kulturkämpfe berühren sollen, die Tieren
der Bischof Korum bereitet hat.“

Die von den National-liberalen im Abgeordneten-
haus eingebrachte Interpellation bezüglich der Fehde
des Bischofs Korum wird nach Durchberatung des Etats der
Sanktions- und Gewerbeverwaltung auf die Tagesordnung
der Plenarsitzung gestellt werden. Wie wir hören, wird der Abg.
D. Sadenberg, ein sehr gewandter und temperamentsvoller
Redner aus dem Rheinlande, die Interpellation begründen.

Das Reformprogramm für Mazedonien. Aus
Berlin wird uns geschrieben: Die Uebergabe des von Rus-
land und Oesterreich-Ungarn aufgestellten Reformprogramms
für Mazedonien an unsere Regierung ist an diesem Dienstag
die Mittagsstunde im Auswärtigen Amt in Berlin in
besonders feierlicher Weise erfolgt. Die Vorkämpfer von

Rußland und Oesterreich-Ungarn waren gemeinsam erschienen,
um die offizielle Mitteilung zu machen. Es sollte dadurch die
enge Natur des Zusammengehens beider Kaiserreiche
dokumentiert werden. Die Mitteilung des Programms wurde
als vertraulich bezeichnet. Unsere Regierung ist also nicht in
der Lage, sich darüber zu äußern. In dem Programm ist
nichts enthalten, was nicht vorher schon als vertraulich be-
kannt war. Unsere Regierung hatte also keinen Anlaß, das
Urteil, das sie sich bereits gebildet hatte, irgendwie
zu ändern. Es genügt die nach zu berufende
Bestimmung der Uebernahmungs- des Programms
mit dem bekannten. Daraus erklärt sich die Tatsache,
daß schon um 2 Uhr nachmittags die kaiserlichen Vorkämpfer
in Petersburg und Wien der russischen und der österreichisch-
ungarischen Regierung das Einverständnis der deutschen
Regierung mit dem Programm erklären konnten. Ebenfalls
um dieselbe Stunde war der Vertreter Deutschlands am
Goldenen Horn, Freiherr Marschall von Bieberstein, angewiesen,
sowohl die Annahme als auch die Durchführung des Reform-
programms beim Sultan und der Pforte zu unterlegen. Es
ist nicht ohne Interesse die Zeit so genau angegeben, da die
französische und ein Teil der englischen Presse mit größter
Sorgfältigkeit behaupten, daß, während alle anderen Mächte
das Reformprogramm unterhielten, die deutsche Regierung
erhielt durch besondere diplomatische Mittel hätte gewonnen werden
müssen. In Wirklichkeit liegt die Sache umgekehrt; Deutsch-
land hat früher als jede andere Macht zugestimmt.

*** Rastlose Wettkämpfe.** Ein Depeschen-Bureau verbreitet
die Meldung, daß die in Konstantinopel beglaubigten Militär-
Attaschs Deutschlands, Englands und Italiens in Saloniki
eingetroffen seien. An Berliner amtlicher Stelle ist von einer
solchen Heile des deutschen Militär-Attaschs nichts bekannt
und es ist auch nicht anzunehmen, daß der Attasch gerade während
der jetzigen Lage eine Heile nach Saloniki unternehmen haben
soll, ohne die vorgesehene Heile hierzulande zu beschleunigen.
Diese Meldung wird daher wohl ebenso wie gefunden sein, wie
eine andere aus Konstantinopel, der zufolge sämtliche türkische
Korps-Kommandanten Befehl erhalten haben sollen, alles für
eine etwaige Mobilisierung vorzubereiten.

*** Von den Handelsverträgen.** In Bundesratskreisen
herrscht nach einer Meldung der „Wald. Ztg.“ die Meinung
es, werde eine Kündigung der laufenden Handels-
verträge nicht eintreten; diese würden vielmehr fort-
laufen bis zu dem Termin, der in den neu zu vereinbarenden
Handelsverträgen als der Beginn des Inkrafttretens der
letzteren vorgesehen werde.

*** Wehrsteuer.** Die Frage einer Wehrsteuer ist neuer-
dings im Zusammenhang mit den Wünschen für eine eifrigere
Retretung der Veteranenfürsorge im Reichstage, wie die
„Nat.-Lib. Corr.“ hört, wenn auch nur vorläufig, angeknüpft
worden. Auch im Zentrum soll die Gerechtigkeit bestehen,
für eine solche Steuer einzutreten. Es wird sehr wohl aus-
geschlossen betrachtet, daß der Abg. Müller-Juda eine ent-
sprechende Resolution einbringen werde.

*** Das Entlassungsgesuch des Oberpräsidenten v. Winter-
feldt** ist, wie man aus Berlin dröhrt, dem B. N. N. zufolge
bereits genehmigt worden. Die Geschichte der Ober-
präsidentenschaft werden vorläufig vom Oberpräsidentat Thon
geführt. Unter den voranschicklichen Nachfolgern werden auch
der Regierungspräsident v. Jagow und der frühere Bres-
lauer Regierungspräsident v. Heubrand genannt.

*** Reichsdefizit.** Der Budgetkommission des Reichstages
ist das mutmaßliche Ergebnis des Reichshaushalts für das
Rechnungsjahr 1902 übermittelt worden. Danach würde sich
ein Fehlbetrag von über 34 Millionen Mark ergeben.

*** Die Verstaatlichung sämtlicher Präparanden-Anstalten**
wird nach einer Mitteilung der „Reuss. Lehrzsg.“ zur Zeit
im Kultusministerium vorbereitet. Die Präparanden-Anstalten
sollen nach Möglichkeit mit den förmlichen Lehrern in den
Wesle verbunden werden, daß die Seminarlehrer auch an den
Präparanden-Anstalten zu unterrichten haben, und zwar während
der vier Stunden. Alle Entschädigung soll das Einkommen
der Seminarlehrer um jährlich 400 Mk. erhöht werden. Bisher
gibt es in ganz Preußen nur 48 staatliche Präparanden-An-
stalten, wovon auf die fünf südlichen Provinzen Ost- und West-
preußen, Pommern, Polen und Schlesien sollen 35 ent-
fallen.

*** Das Kaiserpaar fuhr am Dienstag nachmittag bei der
Gorzogin von Alban** anlässlich ihres Geburtsstages vor und
unternahm darauf einen Spaziergang im Tiergarten. Mitt-
wochs morgen besuchte der Kaiser den Reichshofmarschall Grafen
von Bülow und den großbritannischen Gesandten Sir
Franc Lascelles und fuhrte darauf im königlichen Schloß die Vor-
träge des Kultusministers D. Schulz, des Finanzministers
Fischer, v. Rheinbaben und des Geheimen Staatsrats Dr.
Mendenbauer. Zur Mittagsstunde war der österreichische
Oberst Graf v. Jobstitz geladen. — Ihre Majestät die
Kaiserin empfing am Mittwoch mittag 12^{1/2} Uhr im
königlichen Schloß in Audienz vom Vorlande der Kronprinz-
in und Kronprinzessin-Stiftung die Herren General der Infanterie
v. D. von Spitz, Major v. D. Simons und Magistratssekretär
Bathhausen. Der genannten Stiftung gehören die Krieger-
altenhäuser des Deutschen Kriegerbundes an, über welche

Ihre Majestät Anfang dieses Jahres das Protektorat über-
nommen hat.

Die Herzogin von Alban beging am Dienstag ihren
42. Geburtstag. Als eine der ersten Gratulanten erschien Ihre
Majestät die Kaiserin in Begleitung der Hofdame Gräfin Stol-
berg im Kaiserlichen Palast und überreichte der Herzogin einen Blumen-
kranz; bald darauf folgte der Kronprinz mit seinem militärischen
Begleiter Oberleutnant v. Stillingen. Ferner statteten Grafen-
Lionsbenedict u. a. ab Fürst und Fürstin zu Sied, Erbprinz und
Erbinprinzessin zu Wied, Prinz Schanburg-Suppe und General
von Moltke. Nachmittags um 1^{1/2} Uhr trafen Ihre Majestäten der
Kaiserin und die Kaiserin vor und gaben ihre Karten ab.

*** Prinz und Prinzessin Heinrich**, die erbgroßmächtigste
sächsischen Erbprinzen und die übrigen fürstlichen Götter in Kiel
Wittmochnachmittag einer Einladung zum Tee nach der Villa des
Prinzen Hohenstein. Um 6^{1/2} Uhr fand im Schloß eine Theater-
vorstellung statt, nach der sich Prinz und Prinzessin Heinrich zu
Ehren des Erbprinzenpaars von Sachsen-Weimarn mit den
anwesenden fürstlichen und gästelichen geladenen Göttern zu
einer Festtafel vereinigten.

*** Parlamentarisches aus dem Reichstage.** Die Budgetkommission
legte die Beschlüsse der Frage der Ueberführung des Gehalts
der nicht im Regimentskommandeurstellungen befindlichen Ober-
leutnants am gestrigen Mittwoch fort. Die Oberleutnants der
Infanterie sollen ähnlich wie ihre Kameraden der übrigen Waffen-
gattungen den Regimentskommandeuren im Gehalte annähernd gleich-
gestellt werden, sie sollen von 2650 Mark auf 2900 Mark steigen, also
etwa 250 Mark. Kriegsminister v. Götler ist mit dem Vorschlag
empfindlich nochmals bringend die Annahme der Forderung.
Dr. Spahn (N. L.) spricht sich dagegen aus, Abg.
Ziehmann (N. L.) bair. Abg. Hoeren (N. L.) stellt schließlich den Antrag,
die Gehaltssteigerung abzulehnen. Der Antrag findet, wie
oben bereits mitgeteilt, mit 15 gegen 16 Stimmen nicht an, ge-
gen den Antrag stimmten die Konservativen, Freiwirtschaftler, die
National-liberalen, von Liebermann (Ant.) und Freie (N. L.). —
Juni Kapitel „Geldverflechtung der Truppen“
liegen einige Petitionen vor. Eine Petition der Jahnheime für
andere Entschädigung nach den Umständen der Verluste ausgesprochen
wurde. Graf v. Rosen v. Münditz, daß der Bezirks-Schifferei durch die
Terminen entstehen, damit die Leute nicht zu lange zu warten haben.
Bei dem Titel: „Uebungsstunden der Berichterstattung“ fragt Abg.
Görner (N. L.) an, wie die Automobilen bei der Berichterstattung
wahrung bewahrt hätten. Es käme auf praktische Ergebnisse an.
Graf v. Rosen v. Münditz, daß der Bezirks-Schifferei durch die
Terminen entstehen, damit die Leute nicht zu lange zu warten haben.
Bei dem Titel: „Uebungsstunden der Berichterstattung“ fragt Abg.
Görner (N. L.) an, wie die Automobilen bei der Berichterstattung
wahrung bewahrt hätten. Es käme auf praktische Ergebnisse an.
Graf v. Rosen v. Münditz, daß der Bezirks-Schifferei durch die
Terminen entstehen, damit die Leute nicht zu lange zu warten haben.

Bei dem Titel: „Uebungsstunden der Berichterstattung“ fragt Abg.
Görner (N. L.) an, wie die Automobilen bei der Berichterstattung
wahrung bewahrt hätten. Es käme auf praktische Ergebnisse an.
Graf v. Rosen v. Münditz, daß der Bezirks-Schifferei durch die
Terminen entstehen, damit die Leute nicht zu lange zu warten haben.
Bei dem Titel: „Uebungsstunden der Berichterstattung“ fragt Abg.
Görner (N. L.) an, wie die Automobilen bei der Berichterstattung
wahrung bewahrt hätten. Es käme auf praktische Ergebnisse an.
Graf v. Rosen v. Münditz, daß der Bezirks-Schifferei durch die
Terminen entstehen, damit die Leute nicht zu lange zu warten haben.

Bei dem Titel: „Uebungsstunden der Berichterstattung“ fragt Abg.
Görner (N. L.) an, wie die Automobilen bei der Berichterstattung
wahrung bewahrt hätten. Es käme auf praktische Ergebnisse an.
Graf v. Rosen v. Münditz, daß der Bezirks-Schifferei durch die
Terminen entstehen, damit die Leute nicht zu lange zu warten haben.
Bei dem Titel: „Uebungsstunden der Berichterstattung“ fragt Abg.
Görner (N. L.) an, wie die Automobilen bei der Berichterstattung
wahrung bewahrt hätten. Es käme auf praktische Ergebnisse an.
Graf v. Rosen v. Münditz, daß der Bezirks-Schifferei durch die
Terminen entstehen, damit die Leute nicht zu lange zu warten haben.

Bei dem Titel: „Uebungsstunden der Berichterstattung“ fragt Abg.
Görner (N. L.) an, wie die Automobilen bei der Berichterstattung
wahrung bewahrt hätten. Es käme auf praktische Ergebnisse an.
Graf v. Rosen v. Münditz, daß der Bezirks-Schifferei durch die
Terminen entstehen, damit die Leute nicht zu lange zu warten haben.
Bei dem Titel: „Uebungsstunden der Berichterstattung“ fragt Abg.
Görner (N. L.) an, wie die Automobilen bei der Berichterstattung
wahrung bewahrt hätten. Es käme auf praktische Ergebnisse an.
Graf v. Rosen v. Münditz, daß der Bezirks-Schifferei durch die
Terminen entstehen, damit die Leute nicht zu lange zu warten haben.

Bei dem Titel: „Uebungsstunden der Berichterstattung“ fragt Abg.
Görner (N. L.) an, wie die Automobilen bei der Berichterstattung
wahrung bewahrt hätten. Es käme auf praktische Ergebnisse an.
Graf v. Rosen v. Münditz, daß der Bezirks-Schifferei durch die
Terminen entstehen, damit die Leute nicht zu lange zu warten haben.
Bei dem Titel: „Uebungsstunden der Berichterstattung“ fragt Abg.
Görner (N. L.) an, wie die Automobilen bei der Berichterstattung
wahrung bewahrt hätten. Es käme auf praktische Ergebnisse an.
Graf v. Rosen v. Münditz, daß der Bezirks-Schifferei durch die
Terminen entstehen, damit die Leute nicht zu lange zu warten haben.

Bei dem Titel: „Uebungsstunden der Berichterstattung“ fragt Abg.
Görner (N. L.) an, wie die Automobilen bei der Berichterstattung
wahrung bewahrt hätten. Es käme auf praktische Ergebnisse an.
Graf v. Rosen v. Münditz, daß der Bezirks-Schifferei durch die
Terminen entstehen, damit die Leute nicht zu lange zu warten haben.
Bei dem Titel: „Uebungsstunden der Berichterstattung“ fragt Abg.
Görner (N. L.) an, wie die Automobilen bei der Berichterstattung
wahrung bewahrt hätten. Es käme auf praktische Ergebnisse an.
Graf v. Rosen v. Münditz, daß der Bezirks-Schifferei durch die
Terminen entstehen, damit die Leute nicht zu lange zu warten haben.

Die Schenkung am 20. März der Stollen stündig gestiegen sei, die Kreisverordnungen dagegen zurückgegangen seien. Aufgegeben sei eine Ermäßigung der Stollenpreise nicht zu erwarten. Von freimüthiger Seite wird bemerkt, daß die Stollenproduktion von den feinsten Stollenpreisen zum Schaden aller Industriellen nicht zurückgehen könne. Weiter wurden technische Fragen des Bergwerks besprochen, wie das Bergwerk (Kohle) in die Industrie umzuwandeln, um die Stollenproduktion zu vermindern. Die Regierung ist bereit, die Stollenproduktion zu vermindern, wenn die Industrie die Stollenproduktion zu vermindern will. Die Regierung ist bereit, die Stollenproduktion zu vermindern, wenn die Industrie die Stollenproduktion zu vermindern will.

Deutscher Reichstag.

261. Sitzung vom 18. Februar 1903, 1 Uhr.

Im Bundesrat: Graf v. Helldorf.
Nach Eröffnung einiger als nicht geeignet zur Erörterung im Plenum erachteter Petitionen wird die zweite Beratung des Etats fortgesetzt.
Abg. Dr. Cramer (fr.) bemerkt gegen den Abg. Vogt, der sich auf das Ministerium des Reichswirtschafts bezieht, daß die Ausführenden der Sozialdemokratie auf dem Parteitag in Leipzig nach der Sozialdemokratie seien noch lange nicht genug gemein. Sie können Männer wie Herr Vogt und Herr Cramer nicht aufzuringeln. 70 Millionen Mark wollen wir für die Stollen- und Wasserbauarbeiten ausgeben, das macht 70 Millionen Mark für eine theologische Gesellschaft. Abg. Cramer (fr.) Der Abg. Vogt hat gestern gesagt, wir besetzen die Rentenbesitzer aus und schicken die Kinder in Kneipen mit Damenbedienung. Dies ist durchaus unmaß. Sie (zu den Sozialdemokraten) das Volk erziehen? Sie haben noch keine Ahnung, was im Reich das Volk ist. Sie wissen nicht, was eine starke Nation erzieht. Der Abg. Vogt hat sich auf eine theologische Gesellschaft begeben. Wie ich aus dem Handbuch des Reichstages ersehe, hat er einmal Theologie studiert. (Heiterkeit.) Dann hätte er aber wirklich etwas mehr lernen können. (Heiterkeit.) Er hat gesagt, ich hätte ein großes Vergnügen, es zu hören, nur ein kleines und ausübend in der Bedeutung. (Heiterkeit.) Der Abg. Vogt hat eine Schöpfung gemacht, der sieht sozialistisch noch sehr tief in der Erkenntnis. (Heiterkeit.) Was hat der Genosse, Mutig, Ehrgeiz, Ehrlichkeit, ist es auch beim Egoismus. Die Auffassung des Abg. Vogt ist furchtbar. Glauben und Wissen schließen sich nicht aus, sondern sie schließen sich einander ein. (Heiterkeit.) Der Abg. Vogt hat sich auf eine unheimliche Weise mit Mut und Ehrlichkeit und Ehrlichkeit. Wenn ich viel Mut und Ehrlichkeit brauche, ich keine Leberwurst. Aber alles Wissen erzieht mich nicht den Glauben! Im „Courier“ vom November 1902 war von dem Setzner Konventionen das Wort „Ausbeuter“ gebräuchlich, was ich nicht verstehen kann. (Heiterkeit.) Der Abg. Vogt ist ein Mann, der die Welt nicht kennt und die Welt nicht versteht. (Heiterkeit.)

Abg. Weiskopf (Soz.) weist die Angriffe des Abg. Cramer zurück, und weist sich gegen die Angriffe des Abg. Cramer.
Abg. Cramer (fr.) Der Abg. Weiskopf hat die Angriffe des Abg. Cramer zurückgewiesen, was ich eine Arbeit, mit der ich 6 Jahre lang verlegt und verlegt werde, und aus dem ich rein herorging. Was geht Sie mein Charakter an? Rühmen Sie sich doch um den Weiskopf, der in großen Schmeißer Wägen dem Abg. Vogt vorgeworfen wird. Die öffentlichen Angriffe gegen den Weiskopf beginnen gegen mich, seitdem ich den Mut hatte, in das Abgeordnetenhaus zu gehen.
Abg. Cramer (Soz.) Der Abg. Cramer läßt sich auf den großen Schanden und notorischen Egoisten, Norman-Schwann, der im Dienste der Polizei stand, hoch zu reden, was ich nicht verstehen kann, daß gegen die Sozialdemokratie, daß der Herr Cramer, der Mann der Sozialdemokraten, den Mann des Scheiterhaufenbrenners. Herr Cramer hat von einem Weiskopf gesprochen. Es handelt sich um einen Egoisten, den Weiskopf hat geschmeißert, der den Staat nicht versteht und nicht den Glauben hat. (Heiterkeit.) Der Abg. Cramer hat sich um einen Egoisten, den Weiskopf hat geschmeißert, der den Staat nicht versteht und nicht den Glauben hat. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Herzfeld (Soz.) fragt an, ob auch nach Erlass der Seemannsordnung eine Veränderung zulässig ist, welche die den Seeloten noch geschädigt. Herr Cramer.
Staatssekretär Graf v. Helldorf: Die Anfrage des Vorredners ist so interessant, daß ich sie für eine Examensarbeit bevorzugen würde. Ich glaube, der Vorredner und die Juristen werden zugeben, daß sich diese wichtige Frage nicht aus dem Gesetz heraus entscheiden läßt und muß in jedem Falle hier in autoritativer Form der Reichsregierung der Gerichte vorgelegt werden.
Abg. Ledebour (Soz.): Die Art, wie Abg. Cramer meinen Freund Vogel angreift, vor dem doch selbst Oger wieder haben, wie es dem Abg. Weiskopf wieder vorwurf.

Abg. Ledebour (fortfahrend): Herr Präsident, der Abg. Cramer warf dem Abg. Vogel in der Rede, während der Sie nicht verstanden, Meinetwegen, so sagte, zu und getarnt: Weiskopf. Sie sind doch mit dem Meinetwegen des Abg. Vogel.
Abg. Cramer (Soz.): In der zweiten Rede interpellierte mich der Abg. Cramer, daß er sagen wollte, daß ich mich mit dem Vorwurf des Meinetwegen, den große Schmeißer Wägen dem Abg. Vogt vorgeworfen wird, nicht verstehen kann. Ich habe mich nicht zu erklären, daß dem Abg. Vogel der Vorwurf des Meinetwegen gemacht wird.
Abg. Ledebour (fortfahrend): Jedenfalls veranlaßt mich die Art, wie der Abg. Cramer auch nach der Auffassung des Abg. Vogel angreift, daran zu denken, daß der Norman-Schwann, aus dessen Autobiographie der Abg. Cramer sich bezog, einer der feinsten Typen der Sozialdemokratie ist.

Auf weitere Bemerkungen des Abg. Renzmann (fr. Sp.), der dem Abg. Cramer bestimmte Neuierungen aus einer Oberlehrer-Vollversammlung vorhält, erwidert:
Abg. Cramer (Soz.): Ich verstehe nicht, was Sie sagen. (Große Heiterkeit.) Sie haben mich verlegt, und Sie sind in allen Anzeichen abgewiesen worden. Ich erkläre es für eine Unmöglichkeit, daß ich Herrn Renzmann das Ehrenwort geben hätte, die Angelegenheit nicht mehr zu tun. Ich führe Herrn Renzmann an, daß ich die Angelegenheit nicht mehr zu tun auf der äußersten Verleumdung beruht. Ich werde außerhalb des Saales mit ihm weiter darüber sprechen.
Damit schließt die Diskussion über die sozialistische Gesetzgebung. Die Erörterung über den Titel „Staatssekretär“ wird fortgesetzt.
Abg. Reich-Gebung (fr. Sp.) fordert eine über die Regelschulung im Zusammenhang mit der Aufnahme der mündigen Jugend.

Staatssekretär Graf v. Helldorf: Die von dem Vorredner gemachten weitestgehenden Vorschläge werden zur Zeit ausgearbeitet.
Das Haus verlegt sich auf Donnerstag 1 Uhr: Fortsetzung, Schluß 6 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetensaal.
24. Sitzung vom 18. Februar, 11 Uhr.
Im Ministerium: Voelcker.
Die zweite Sitzung des Staats des Handelsministeriums wird mit der allgemeinen Besprechung beim Titel Ministergehalt fortgesetzt.

Abg. Jund (fr. Sp.) verlangt eine Auskunft über den Stand der Reform des Bergengesetzes. Im vergangenen Jahre wurde uns gesagt, die Reform habe die Zustimmung des Handelsministeriums gefunden und befände sich zur Zeit im Bundesrat. Aber, der von der Seite etwas berichtet, wird hoffen, daß die Beratungen des Bergengesetzes in eine Weise ausgehen, die höchst bedenkliche Aussichten für die Zukunft eröffnet. Wir haben alle Veranlassung, so rasch als möglich eine Revision des Gesetzes einzutreten zu lassen. Die Besetzung des Terminbuchs hat nur einen Aufschub der Angelegenheit, die wir zum Jahre 1903 haben. Ich vermute, daß die Revision der Bergengesetze in der nächsten Zeit eingeleitet werden wird. Das Gesetz muß mehr und mehr zur Vernichtung des kleinen Bergwerkes führen. Die Worte, mit denen Abg. Dr. v. Helldorf der Minister Rede gehalten, zeigen, wie weit die herrschende Meinung in dieser Richtung gehen kann. Ich würde mich freuen, die Meinungen des Ministers über die parlamentarische Vertretung des Kaufmannstandes in den Kreisen meiner Berufsgenossen freudigen Willkommens zu empfangen.

Minister Voelcker: Das Bergengesetz ist fertig und hätte in dieser Session eingebracht werden können. Aber wäre es wohl vernünftig um dieselbe Session, im Herbst, die Frage des Sollens des Bergengesetzes zu erörtern? Ich würde mich freuen, die Meinungen des Ministers über die parlamentarische Vertretung des Kaufmannstandes in den Kreisen meiner Berufsgenossen freudigen Willkommens zu empfangen.

Abg. Reich (kont.) fordert geistliche Befreiung der Bergwerke. Die Befreiung der Bergwerke ist ein wichtiger Punkt, der in der nächsten Session erörtert werden sollte. Ich würde mich freuen, die Meinungen des Ministers über die parlamentarische Vertretung des Kaufmannstandes in den Kreisen meiner Berufsgenossen freudigen Willkommens zu empfangen.

Abg. Reich (kont.) fordert geistliche Befreiung der Bergwerke. Die Befreiung der Bergwerke ist ein wichtiger Punkt, der in der nächsten Session erörtert werden sollte. Ich würde mich freuen, die Meinungen des Ministers über die parlamentarische Vertretung des Kaufmannstandes in den Kreisen meiner Berufsgenossen freudigen Willkommens zu empfangen.

Minister Voelcker: Wenn der Vorredner erwachte, es sei von hervorragender Stelle das Wort gefallen: Der Handelsstand ist im Übergang, so muß ich erwidern, daß ich ein ähnliches Wort nicht hören möchte. Ich würde mich freuen, die Meinungen des Ministers über die parlamentarische Vertretung des Kaufmannstandes in den Kreisen meiner Berufsgenossen freudigen Willkommens zu empfangen.

Abg. Reich (kont.) fordert geistliche Befreiung der Bergwerke. Die Befreiung der Bergwerke ist ein wichtiger Punkt, der in der nächsten Session erörtert werden sollte. Ich würde mich freuen, die Meinungen des Ministers über die parlamentarische Vertretung des Kaufmannstandes in den Kreisen meiner Berufsgenossen freudigen Willkommens zu empfangen.

Abg. Reich (kont.) fordert geistliche Befreiung der Bergwerke. Die Befreiung der Bergwerke ist ein wichtiger Punkt, der in der nächsten Session erörtert werden sollte. Ich würde mich freuen, die Meinungen des Ministers über die parlamentarische Vertretung des Kaufmannstandes in den Kreisen meiner Berufsgenossen freudigen Willkommens zu empfangen.

Abg. Reich (kont.) fordert geistliche Befreiung der Bergwerke. Die Befreiung der Bergwerke ist ein wichtiger Punkt, der in der nächsten Session erörtert werden sollte. Ich würde mich freuen, die Meinungen des Ministers über die parlamentarische Vertretung des Kaufmannstandes in den Kreisen meiner Berufsgenossen freudigen Willkommens zu empfangen.

praesentiert hat. Sie können es nun und nimmer dulden, daß die Reichsregierung und die Regierungen der Bundesstaaten die Sache auf einander abschieben. (Sehr richtig! rechts.) Auch Herr Cramer wird zugeben, daß das Handwerk bei der sozialen Gesetzgebung zu kurz gekommen ist. Stimmen Sie (nach links) dem Abg. Reich (kont.) zu? (Sehr richtig! rechts.) Sie können es nicht nicht weigern, so wie zum Segen des Handwerks zusammenarbeiten können. Es gibt keinen Stand, dessen Kredit-Befreiung für die im Bergwesen, wie im Handwerksstand. Selbst der Landwirt hat nicht mit solchen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die Regierung sollte daher die Handwerksangelegenheiten erörtern, aber die Beschlüsse bei den einzelnen Reichstagen erlassen. Weiter hat auch der Abgeordnete unter dem Arbeiternangel zu leiden. Ich glaube, daß der Handelsminister dem Handwerk wohlwollender gegenüber sein sollte, als die Bergbesitzer. Zu dem wohlwollenden Herrn muß aber die leitende Energie kommen. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. v. Gerner (mit.) meint, die Wirkung des Bergengesetzes sei geradezu verheerend. Die Aufhebung des Terminbuchs hat einigen Grundbesitzern genügt, den kleinen Händler aber ganz ausgeschlossen. Es ist möglich, daß der Reichstag in seiner letzten allgemeinen Zusammenkunft die Beschlüsse zum Bergengesetz abschließen wird. Aber ein derartiger Abschluß unserer wirtschaftlichen Lebens kann nicht dauernd aufrecht erhalten werden. Wenn das Ministerium die öffentliche Meinung gehörig bearbeitet, wird eine Änderung notwendig sein, dann wird sie nicht nur auf die Weisheit des Reichstages, sondern auch auf die Weisheit der Landesparlamente auswirken. Ich würde mich freuen, die Meinungen des Ministers über die parlamentarische Vertretung des Kaufmannstandes in den Kreisen meiner Berufsgenossen freudigen Willkommens zu empfangen.

Nach weiterer Debatte wird der Titel bemittelt, ebenso ohne erhebliche Debatte eine große Anzahl weiterer Titel.
Donnerstag 11 Uhr: Fortsetzung, Schluß 4 1/2 Uhr.

Königliches Preussisches Landes-Oekonomie-Kollegium.

Berlin, 18. Februar.
Am 10 1/2 Uhr eröffnete Graf Schönerling die Verhandlungen des dritten Sitzungstages, die zunächst sich um die Frage drehten: Erzieht ein im Interesse der Landwirtschaft notwendig, eine Kontrolle über die angemeldeten und erteilten Patente einzuführen, und in welcher Weise ist diese zu organisieren? Diese Angelegenheit war dem Kollegium zum Landeswirtschaftsminister überreicht worden, der im Kollegium darauf hinwies, daß eine große Schätzung der Landwirtschaft aus der ungedeckten Erteilung von Patenten erwachse und welchen Unannehmlichkeiten die Landwirte hinterher oft ausgesetzt sind, wenn sie gewisse gewerbliche Patente nicht beantragen. Es geht es um die Organisation zu schaffen, welche diese Kontrolle in die Hand nimmt. Es ist die höchste Zeit, daß man einmal diese Frage löst, besonders da die Patente aufkommen, unzulässig zu werden, und die Beschlüsse der Kommission des Landes-Oekonomie-Kollegiums als diese Organisation anzusehen, die Einzelheiten der Ausgestaltung aber dem Ministerium zu überlassen. Die Organisation: „Den Landeswirtschaftsminister zu bitten, die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen, damit leitend des Kollegiums die dauernde Überwachung der angemeldeten Patente erfolgen kann.“

In der Besprechung wurde die Notwendigkeit eines Vorgehens in dem Sinne, wie es der Landeswirtschaftsminister angeregt hatte, anerkannt. Der Vertreter des Ministers, Herr Cramer, hat die Angelegenheit dem Kollegium überreicht, und die Angelegenheit der Kommission des Landes-Oekonomie-Kollegiums zu übertragen. Vordem ist es ihm gelungen, daß die Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Verbindung, die schon heute eine derartige Kontrolle übt, welche sich freiwillig einstellen, nur auf bestimmte Patentarten beschränkt, die Minister den Landes-Oekonomie-Kollegium zu überreichen, an denen die Landwirtschaft ein Interesse hat. Die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft würde aus so großem Zutrau verpflichtet, wenn sie ihre Sonderangelegenheiten auch hier in den Dienst der Sache stellen würde. Was die Kosten betrifft, so ist vorzuzugeln worden, daß die Kosten der Kontrolle auf die Landwirtschaftsgesellschaft zu übernehmen. Ich halte es jedoch für gerechtfertigt, wenn die Landwirtschaftsgesellschaft wenigstens die Hälfte der Kosten tragen; es würde sich ja für jede Sammel wohl höchstens nur um 100 bis 150 Mark handeln. — Gegen diese letztere Anordnung wehrte man sich verschiedenen Seiten. Major v. Bille (konservativ) fand, daß die Landwirtschaftsgesellschaft durch ihre manuelle Aufgaben gerade genug in Anspruch genommen wird. Herr v. Wangenheim (klein-spieler) erklärte ebenfalls den Landeswirtschaftsminister, dem er die Anregung sehr dankbar sei, daß die Kosten nicht zu bezahlen. Der betreffende Antrag der Kommission sollte Resolution solle nicht angenommen werden, weil weiterer Besprechung führe die Verarmung der Erklärung des Ministeren v. Schönerling mit allen gegen eine Stimme zu.

Gedank ging man über zur Besprechung über das Thema: Wann der Wirtschaftsausschuss durch Einrichtung von Getreideämtern herbeigeführt werden? Die beiden Berichterstatter, Herr v. Bille, Schönerling und Oekonomierat v. Bismarck (König), legten folgende Erklärung zur Befehlshabung vor: „Für eine vorteilhafte Gestaltung des Getreidegeschäftes kann die Einrichtung von Getreideämtern als ein geeignetes Mittel angesehen werden. Die Einrichtung dieser Ämter hat die Aufgabe, die Getreidepreise zu kontrollieren und die Getreidepreise zu stabilisieren, sowie die Möglichkeit ausgiebige Verbreitung der von denselben ermittelten Getreidepreise dringend zu empfehlen.“ Das Kollegium nahm ohne jede Besprechung diese Erklärung an. Der Herr v. Bille (konservativ) hat die Besprechung über die Frage: „Welche Schritte sind zu tun, um die Ausfuhr der deutschen Getreide aus dem Osten nach Norwegen aus nach dem 1. September zu erhalten?“ — Herr v. Wangenheim (klein-spieler) beantragte: „Sollte die Berliner Getreidekonvention definitiv in Kraft treten, so ist mit Sicherheit herauszufinden, daß diejenigen außerhalb der Konvention stehenden ausländischen Staaten, nach welchen heute noch ein Export deutscher Getreide besteht, ihren Bedarf durch den begünstigten russischen Jüder in Zuschnitt decken werden. Dieser Gefahr kann nur dadurch begegnet werden, daß auch hinsichtlich der Konvention anstehende, nach dem Zustand der Konvention zu ermitteln ist, ob die Konvention für die Konvention stehenden ausländischen Regierungen schädlich ist — nach dem Vorgehen Oesterreich-Ungarns — den Reichstagen einen Gesetzentwurf vorlegen und außerdem durch Herabsetzung der Eisenbahntarifen für den Bedarf der russischen Jüder die Möglichkeit zu fördern. Jüder.“

Minister Voelcker: Oekonomierat v. Bismarck hat auf den Antrag, Herr v. Wangenheim erklärte, daß er seinen Vorschlag zurückziehe, wenn diese Resolution angenommen werde. Dies schließt denn auch mit großer Mehrheit.

Der Herr v. Bille (konservativ) hat die Besprechung über die Frage: „Welche Schritte sind zu tun, um die Ausfuhr der deutschen Getreide aus dem Osten nach Norwegen aus nach dem 1. September zu erhalten?“ — Herr v. Wangenheim (klein-spieler) beantragte: „Sollte die Berliner Getreidekonvention definitiv in Kraft treten, so ist mit Sicherheit herauszufinden, daß diejenigen außerhalb der Konvention stehenden ausländischen Staaten, nach welchen heute noch ein Export deutscher Getreide besteht, ihren Bedarf durch den begünstigten russischen Jüder in Zuschnitt decken werden. Dieser Gefahr kann nur dadurch begegnet werden, daß auch hinsichtlich der Konvention anstehende, nach dem Zustand der Konvention zu ermitteln ist, ob die Konvention für die Konvention stehenden ausländischen Regierungen schädlich ist — nach dem Vorgehen Oesterreich-Ungarns — den Reichstagen einen Gesetzentwurf vorlegen und außerdem durch Herabsetzung der Eisenbahntarifen für den Bedarf der russischen Jüder die Möglichkeit zu fördern. Jüder.“

